

Reurieth - Zwangssatzung Straßenausbaugebühren zu viele offenen Fragen

Straßenausbaubeiträge in Reurieth

Satzung liegt auf Eis – Problem nicht gelöst

Interessengemeinschaft STABS enttäuscht von Bürgermeister, VG und Kommunalaufsicht

Kommt die Zwangssatzung oder kommt sie nicht? Diese Frage treibt die Mitglieder der Interessengemeinschaft Straßenausbaubeitragsatzung (IG STABS) in Reurieth um. Und das um so mehr, weil die zum Thema anberaumte Gemeinderatssitzung am Dienstag dieser Woche vom Bürgermeister abgesagt wurde. Bis zum 30. Juni 2008, so der Kenntnisstand der Interessengemeinschaft, muss eine Satzung beschlossen sein, sonst werde die Kommunalaufsicht Kraft ihres Amtes eine Satzung für Reurieth erlassen.

Dieser Termin sei ausgesetzt, erfuhr *Freies Wort* gestern auf Nachfrage von Bürgermeister Manfred Dankert. Man habe sich mit der Kommunalaufsicht verständigt, sagte er. „Die Sache ist erst einmal auf Eis gelegt. Wir müssen klären, wie es weitergeht. Dann wird auch wieder eine Gemeinderatssitzung einberufen.“

Den Mitgliedern der Interessengemeinschaft ist dieser Sachstand jedoch nicht bekannt gewesen. „Warum teilt man uns das in diese Situation nicht

mit?“, fragt Kerstin Müller im Namen ihrer Mitstreiter. Die Einwohner seien enttäuscht vom Bürgermeister, der Verwaltungsgemeinschaft und der Kommunalaufsichtsbehörde im Landratsamt Hildburghausen. „Wir erwarten, dass die öffentliche Gemeinderatssitzung umgehend nachgeholt wird, um die Bürger zu informieren und die anstehenden Probleme vernünftig zu beraten“, so Müller.

Die Interessengemeinschaft wendet sich generell gegen Straßenausbaubeiträge. „Wir sind fest entschlossen, uns mit allen Mitteln dagegen zu wehren“, betont auch Udo Schubert von der IG. Daher sei ihnen auch die Gemeinderatssitzung in dieser Woche so wichtig gewesen.

Briefe blieben ohne Antwort

Am 18. Juni hatte die IG STABS zu einer Info-Veranstaltung zum Thema eingeladen. Ein Teil der Gemeinderäte sei ebenfalls anwesend gewesen und habe die Einführung einer Straßenausbaubeitragsatzung abgelehnt. Ebenso wie die 190 Bürger, die zur Info-Veranstaltung gekommen waren. Aus der Versammlung heraus habe man sich mit Briefen an den Bürgermeister, die Verwaltungsgemeinschaft, Landtagsmitglied Michael Krapp (CDU), den Landtag und den Petitionsausschuss des Landtages gewandt mit der Frage,

warum derart drastisch mit den Bürgern der Gemeinde verfahren werden solle. Die Reuriether, Siegritzer und Trostädter fühlten sich abgezockt. Zudem wolle man wissen, warum ein Kredit zur Beseitigung von Hochwasserschäden noch immer im Haushalt der Gemeinde stehe, obwohl er gar nicht gebraucht wurde. „Auf Antwort warten wir bis heute vergebens“, so Müller und Schubert. Wenigstens den Aufschub des Termins hätte man doch mitteilen können. „Alle bisherigen Straßenausbaumaßnahmen im Ort waren ohne Satzung und Kreditaufnahme aus Eigenmitteln finanziert worden. Diese Wirtschaftsweise fordern wir auch in Zukunft von unserem Bürgermeister und unseren Gemeinderäten“, heißt es in einer Erklärung der Interessengemeinschaft. Man solle das von der Landesregierung angekündigte Gesetzgebungsverfahren abwarten, ist man sich einig. Außerdem habe das Thüringer Innenministerium bereits Ende 2007 über das Thüringer Landesverwaltungsamt die Kommunalaufsichten in den Landratsämtern angewiesen, bis zu den geplanten Änderungen im Straßenausbaubeitragsrecht keinen Druck auf die Kommunen bezüglich des Erlasses von Satzungen auszuüben. ng/red